



BBU-Pressemitteilung  
02.05.2016

Bundesverband  
Bürgerinitiativen  
Umweltschutz e.V.  
Prinz-Albert-Str. 55  
53113 Bonn  
Tel.: +49 (0) 228 214032  
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de  
www.bbu-online.de  
www.facebook.com/bbu72

## **BBU: Druck von SPD-Fraktionschef Oppermann auf Fracking-Gegner in den eigenen Reihen politischer Tiefpunkt**

**(Bonn, Berlin, 02.05.2016) Als politischen Tiefpunkt hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) den Druck bezeichnet, den SPD-Fraktionschef Oppermann auf Fracking-Gegner in der eigenen Bundestagsfraktion ausgeübt hat. Statt zu akzeptieren, dass die Ablehnung von Fracking und die Zustimmung zu Anträgen der Opposition aus LINKEN und GRÜNEN eine Gewissensfrage ist, hatte er die Fracking-Gegner in der SPD-Fraktion vor der Abstimmung im Bundestag in der letzten Woche abgekanzelt. Das zeigt, dass der Gabriel-Intimus nicht die Interessen der Bevölkerung, sondern auf Biegen und Brechen die Interessen der Gasindustrie durchsetzen will.**

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Offensichtlich hat Oppermann nichts verstanden. Die SPD rast mit atemberaubender Geschwindigkeit unter die 20 Prozent-Marke. Statt über die Ursachen nachzudenken und eine Umkehr in der SPD-Umweltpolitik einzuleiten, verhöhnt er noch die Fracking-Kritiker in den eigenen Reihen. Bayerischen SPD-Abgeordneten in einer etwa zweistündigen Debatte in der Fraktionssitzung am letzten Dienstag (26.04.2016) vorzuhalten, sie würden lediglich um ihre Mandate bangen, ist ein Schlag unter die Gürtellinie. Richtig ist: Wenn Oppermanns Pro-Fracking-Recht kommen sollte, wird es in den Fracking-Gebieten viele Verlierer geben. Die SPD-Abgeordneten verlieren ihre Bundestagsmandate und die Menschen vor Ort die natürlichen Lebensgrundlagen.“

Der BBU fordert die SPD-Bundestagsabgeordneten auf, die Entscheidung über Fracking zur Gewissensfrage zu erklären. Es wäre unverantwortlich, sich einer Fraktionsspitze zu unterwerfen, die die Interessen der Gasindustrie über den erklärten Willen der Bevölkerung stellt. Die Menschen in der gesamten Republik fordern den Schutz der Umwelt und ihrer Gesundheit vor den Gefahren des Fracking ein. Der BBU appelliert daher an die Bundestagsabgeordneten, ein Fracking-Verbot ohne Wenn und Aber zu verabschieden.

Weitere Informationen zum Thema Fracking:  
<http://bbu-online.de>, <http://www.gegen-gasbohren.de>

### **Engagement unterstützen**

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62370501980019002666, SWIFT-BIC: COLSDE33.

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter <http://bbu-online.de>, telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet [www.facebook.com/BBU72](http://www.facebook.com/BBU72). Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO<sub>2</sub>-Endlagerung, gegen Fracking und für umweltfreundliche Energiequellen.